

# SVP *ja*

**SVP**

**UDC**

**Die Zeitung des Mittelstandes**

## Am 3. März NEIN zum UNO-Beitritt!

Der Bundesrat will unter Mithilfe der Linken und der Mitteparteien den UNO-Beitritt der Schweiz erzwingen. Die SVP lehnt den UNO-Beitritt ab, weil er mit der schweizerischen Neutralität unvereinbar ist. Gewonnen werden kann die Abstimmung aber nur, wenn sich jeder Einzelne an seinem Ort dafür engagiert.



- Nicht irgendeine Neutralität!** **Seite 2**
- Nationalrat Hermann Weyeneth (BE) zur Einzigartigkeit der schweizerischen Neutralität
- Noch mehr internationale Verträge?** **Seite 7**
- Nationalrat Marcel Scherer (ZG) zeigt die Unterschiede zwischen UNO-Recht und Schweizer Recht auf
- 10 Argumente gegen den UNO-Beitritt** **Seite 9**
- Die SVP hat die guten Argumente auf ihrer Seite

# Nicht irgendeine Neutralität!

Die Volksabstimmung vom 3. März ist nicht eine Abstimmung UNO ja oder nein, sondern eine Abstimmung über die Frage Neutralität ja oder nein. Es geht nicht um die Neutralität irgendeines Mitgliedstaates, sondern um die Neutralität der Schweiz, die eben nicht mit der Neutralität anderer Mitgliedstaaten identisch ist<sup>1</sup>.

Unsere Neutralität unterscheidet sich dadurch, dass sie nicht einseitig deklariert wurde, sondern staatsvertraglich, u.a. von Frankreich, Deutschland und England anerkannt ist. Eines, neutralitätspolitisch Wesentliches, ändert sich mit dem Vollzug eines Beitrittes der Schweiz zur UNO mit Bestimmtheit. Die UNO-Charta verpflichtet jedes Mitgliedsland zur Gewährung des Durchmarschrechtes, bzw. des Überflugrechtes für Truppen und deren Kriegsmaterial, die im Auftrag der UNO im Einsatz stehen oder hierzu bereitgestellt werden. Bis zum heutigen Tag wurden weder Durchmarschrechte noch Überflugsrechte von der Schweiz mit dem Hinweis auf unser Neutralitätsstatut gewährt.

Ausnahmen wurden lediglich für Flüge mit humanitären Hintergrund (Verwundeten- oder Sanitätsmaterialtransporte) bewilligt. Davon sprach der Bundesrat an der Pressekonferenz vom 8. Januar nicht.

## Eben doch ein Sonderfall!

Trotz der bundesrätlichen und auch der parlamentarischen Empfehlung zum UNO-Beitritt ist es dem Volk unbenommen, die Frage der Neutralität höher zu gewichten als die Präsenz der Schweiz in einer internationalen Organisation. **Kein Volk hatte je die Möglichkeit, über einen Bei-**

**tritt zur UNO zu befinden.** Dem Schweizervolk steht dieses Recht in einzigartiger Weise auf Grund seiner Verfassung zu.

Regierung ja, Parlament ja! Muss das Volk auch ja sagen? Dass der Bundesrat die UNO-Mitgliedschaft der Schweiz anstrebt, nachdem 189 Staaten dieser Weltorganisation beigetreten sind, fügt sich nahtlos in die zur Zeit von unserer Regierung verfolgten Aussenpolitik ein. Weniger glaubhaft aber wirkt der Umstand, dass die Regierung hierbei nicht voraus geht, sondern erst auf eine Volksinitiative wartet.

## Schweiz im Sicherheitsrat...

Dabei bleibt der Bundesrat auch die Antwort schuldig, ob ein Beitritt zur UNO gleichzeitig auch eine Mitarbeit im Sicherheitsrat einschliessen kann und ob diese beabsichtigt ist. Der Bundesrat vertritt die Auffassung, dass eine Vollmitgliedschaft in der UNO mit der Neutralität vereinbar sei. Schon als es um die Mitgliedschaft beim Völkerbund und den damit eingegangenen Verpflichtungen zum Mittragen von Sanktionen (Handelsembargo u.ä.) ging, stellte der damalige Generalstabchef die Frage, wo der Unterschied denn nun liege, sich militärisch bei Armeeeinsätzen neu-

tral zu verhalten, aber beim Aushungern ganzer Völker aktiv mitzuwirken.

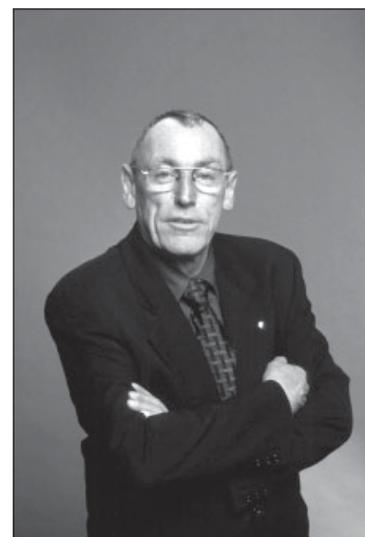
## ...und immer noch neutral?

Die Frage der Mitwirkung im Sicherheitsrat ist deshalb neutralitätspolitisch bedeutungsvoll, werden doch dort nicht wie in der Generalversammlung lediglich Empfehlungen beschlossen, sondern Resolutionen mit verbindlichem Charakter und ebensolchen Aufträgen gefällt.

## Vetorecht contra CH-Demokratieverständnis

Die vom Völkerbund in den dreissiger Jahren beschlossenen Sanktionen gegenüber Italien trafen das Nachbarland Schweiz ausserordentlich hart und bedrohten die Schweiz existenziell. Aus diesen Erfahrungen heraus lehnte der Bundesrat einen Beitritt zur neu gegründeten UNO ab. Wohl wurden auch Überlegungen zur Frage der bewaffneten Neutralität angestellt, im Vordergrund der Diskussion stand aber die Frage der Ungleichbehandlung der Mitgliedsländer. Fünf ständige Mitglieder des Sicherheitsrates (USA, Russland, England, Frankreich und China) verfügen über ein Vetorecht. Der Sicherheitsrat ist also nur unter der Voraussetzung handlungsfähig, dass diese fünf Mitgliedsländer gleicher Meinung sind. Jedes dieser fünf Länder kann eine vom Generalsekretär oder von der Generalversammlung beschlossene oder erwünschte Aktivität der UNO verhindern. Den weiteren, nicht ständigen zehn Mitgliedern des Sicherheitsrates steht dieses Vetorecht nicht zu. Dies zur Ungleichbehandlung der Mitgliedsländer im Sicherheitsrat.

Die zu erwartenden finanziellen Aufwendungen von jähr-



► Nationalrat Hermann Weyeneth Jegenstorf (BE)

lich 75 Millionen Franken könnten nicht der Grund für eine Ablehnung sein, argumentiert der Bundesrat, steht doch diesem Zusatzbeitrag das heute schon bestehende Engagement zu Gunsten der Unterorganisationen der UNO von 460 Millionen Franken jährlich gegenüber.

## Bei Unicef besser investiert

Mit Sicherheit darf aber festgestellt werden, dass jede Verwendung der 75 Millionen in einer Unterorganisation (Unicef oder Unesco) der Welt mehr bringen würde als der jährlich wiederkehrende Beitrag der Schweiz an die politische UNO.

## Globales Dorf?

Die Welt als globales Dorf hin oder her, die Art der Organisation und die Funktionsweise der UNO sind unserem Demokratieverständnis nach wie vor fremd. Dies von den Befürwortern herunterspielen oder gar verschweigen zu wollen, stellt ein beredtes Zeugnis einer Unvollständigkeit oder offensichtlich peinlichen Unterlassung in der Argumentation dar. ◀

<sup>1</sup> Vgl. Hans Ulrich Walder-Richli: Schweiz - Völkerbund, Schweiz - UNO: Versuch eines Vergleichs



## Fremde Hüte

# Standpunkt

Wilhelm Tell ist unser Nationalheld. Er hat sich geweigert, einen fremden Hut mit einem Bückling zu grüssen. Seine Freiheit und seine Unabhängigkeit waren ihm lieber. Sie waren sein höchstes Gut. Dafür hat er sein Leben riskiert. Unsere Geschichte kennt zahlreiche solcher Volkshelden.

Mythen sind für ein Volk von zentraler Bedeutung. Der Wille zur Unabhängigkeit und der unbändige Freiheitsdrang haben die Geschichte unseres Volkes und unseres Landes bis heute geprägt. Sie sind tragende Säulen für den Zusammenhalt der Willensnation Schweiz. Am kommenden 3. März entscheiden wir, ob unser Land der UNO beitreten soll. Die Befürworter suggerieren, die Schweiz werde in der UNO mitbestimmen. Mit einer von fast zweihundert Stimmen. Mitnichten! Alle wesentlichen Fragen entscheidet der Sicherheitsrat

endgültig. Oder eben - er entscheidet nicht! Weil eine der Grossmächte mit einem Veto Entscheide blockiert und verunmöglicht, immer wieder! Eine durch und durch undemokratische Einrichtung. Und hier soll die Schweiz mittun? Als Feigenblatt für Grossmächte? Sicher nicht!

Ein weiteres Argument, das nach Meinung der Befürworter für den Beitritt der Schweiz spreche, ist eine blossе Worthülse: „Die Zeit sei reif“. Um Himmels willen! Gibt es wirklich eine Zeit, die reif ist, um die Freiheit und Unabhängigkeit aufzugeben? Die Freiheit und Unabhängigkeit ist das höchste Gut der Menschen, ist das wichtigste Gut eines Volkes, eines Staates. Seit Jahrtausenden werden darum Kriege geführt. Die Schweiz hat, kann und wird in überdurchschnittlichem Mass Verantwortung und Aufgaben zugunsten der Weltbevölkerung übernehmen, ohne ihre Freiheit aufzugeben, ohne der UNO beizutreten. Bleiben wir beim Bewährten, bleiben wir für viele Völker und Staaten dieser Welt ein Beispiel.

Übrigens - das Wilhelm-Tell-Denkmal in Altdorf ist Bestandteil unserer Inserate-Kampagne gegen den UNO-Beitritt. Als Symbol gegen Bücklinge vor fremden Hüten. Kämpfen Sie mit! ◀

**Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz**

## UNO-Beitritt: Werden Folgekosten verheimlicht?

Die UNO-Befürworter argumentieren mit den angeblich tiefen Mehrkosten eines UNO-Beitritts. In Wahrheit muss aber mit wesentlich höheren Folgekosten gerechnet werden.

Mehraufwendungen sollen gemäss EDA nicht zu einer Erhöhung des Bundesbudgets führen, sondern soweit möglich durch aussenpolitische Einsparungen wettgemacht werden. Wieviel das EDA zu sparen beabsichtigt, lässt sich im Finanzplan 2002-2005 nachlesen. In den Jahren 2001 bis 2005 sollen die Ausgaben des EDA um 24%, d.h. um 5,7% pro Jahr, auf SFr. 2,755 Mrd. zunehmen.

Die direkten zusätzlichen Kosten eines Beitritts zur politischen UNO werden in der

Anfangsphase SFr. 60-70 Mio. betragen, wenn man nur die direkten Zahlungen an die Kern-UNO berücksichtigt.

### Hohe Schweizer Beiträge

Die Schweizer Steuerzahler müssten bei einem UNO-Beitritt pro Einwohner gerechnet fast das 2,5-fache der Amerikaner und fast das Doppelte im Vergleich zu Deutschland zu bezahlen. Einmal mehr haben offensichtlich unsere Funktionäre schlecht verhandelt. Und solche Funk-

tionäre werden uns inskünftig bei der UNO vertreten.

### Höhere Kosten im Bundesfinanzplan

In den Mehrkosten von rund SFr. 60-70 Mio nicht enthalten sind die Kosten für die diplomatischen Funktionäre. Der Finanzplan des Bundes 2002-2005 zeigt, wieviel der Beitritt tatsächlich kostet, sind doch für 2003, das im Beitrittsfall erste volle Beitragsjahr, SFr. 84 Mio. zusätzliche Kosten infolge des UNO-Beitritts vorgesehen.

### 1,2 Mrd mehr Entwicklungshilfe?

Die Millennium-Deklaration der UNO vom September 2000

fordert von den Industrieländern grosszügigere finanzielle Entwicklungshilfe. Für die Schweiz würde dies eine Zunahme um SFr. 1,2 Mrd. bedeuten. Als Steuerzahler fragt man sich, wie die Schweiz als Nicht-UNO-Mitglied an solchen Konferenzen mitmachen kann und Verpflichtungen in Milliardenhöhe eingeht, ohne die Stimmbürger oder das Parlament zu konsultieren.

Der Beitritt zur politischen UNO wird den Schweizer Steuerzahler wesentlich teurer zu stehen kommen als im EDA-Propagandamaterial deklariert wird. Auch aus finanziellen Überlegungen ist deshalb ein Beitritt zur politischen UNO abzulehnen.

**Nationalrat Hans Kaufmann Wettswil (ZH)**

# Was bleibt?

**Das einzig Beständige sei der Wandel. So predigen uns Leute, die am Wandel verdienen und, vor allem, zahlreiche Nachsprecher. Der Satz kann nicht wahr sein, denn dann wäre er ja ebenfalls dem Wandel unterworfen, also falsch. Nein, es gibt das Dauerhafte, selbst in der Politik existiert das Gültige, das Bleibende.**

Die Frage ist also nicht, ob etwas bleibe, die Frage ist: Was bleibt?

## Freiheit

Die erste Antwort, auf unsere Heimat bezogen, lautet klar: Die Freiheit! Um in der Freiheit zu leben, nicht nach den Geboten anderer, sondern nach dem eigenen Willen, nicht fremden Richtern gehorchend, sondern eigenen, ist diese einmalige Eidgenossenschaft geschaffen und über die Jahrhunderte entwickelt und verteidigt worden. Nicht die gemeinsame Knechtschaft unter einem gemeinsamen Herrn, nicht die gemeinsame Sprache, nicht das gemeinsame Blut haben die Schweiz geschaffen und, blickt man richtig auf die Landkarte, auch nur zum kleinsten Teil die Gegebenheiten der Geographie. Die Schweiz ist das Ergebnis des Freiheitswillens ihrer Bewohner und, ganz von Anfang an, auch ihrer Bewohnerinnen von Gertrud Stauffacher über Elsi die seltsame Magd bis zu Gertrud Kurz. Wir können nur uns selber bleiben, wenn wir diesem zentralen Wert die Treue halten. Das hat Konsequenzen: Freiheit ist teurer als Knechtschaft. Das leidenschaftlich freie Wort, der verantwortungsbewusste Mut zum eigenen Standpunkt sind anspruchsvoller als das Nachsprechen halb oder gar nicht verstandener Slogans, die höchstens teilweise auf unsere Verhältnisse anwendbar sind, gesetzt den Fall, sie seien überhaupt richtig oder auch nur logisch möglich.

Ist die Freiheit der eine zentrale, bleibende Wert unserer Eidgenossenschaft, so ist der Realitätssinn der andere.

## Eidgenössischer Realitätssinn

Es gibt Umstände, unter denen es ohne jede weitere Rücksicht zu kämpfen gilt, weil nur die Wahl zwischen Widerstand und der Hinnahme von Unzumutbarem besteht. Nidwalden am 9. September 1798 ist und bleibt dafür ein leuchtendes Beispiel. Aber alle Jahre sind nicht wie 1798 und alle Tage nicht wie der 9. September! Wir leben inmitten eines Kontinents und sind Teil einer den Globus umspannenden Wirtschaft. Das bringt Veränderungen mit sich. Auch unsere Vorfahren haben dies zu allen Zeiten begriffen: Wir pflegen nun bereits ein gutes halbes Jahrtausend diplomatische Beziehungen zu immer zahlreicheren Mächten und haben uns dem Ideal der Universalität stark angenähert. Wir haben dafür gesorgt, in der einen oder anderen Form in die grossen internationalen Verträge zu gelangen, vom Westfälischen Frieden über Versailles bis zur Schlussakte von Helsinki, in der steten Überzeugung, dass das Lebensrecht unseres neutralen Kleinstaates völkerrechtlich gar nie stark genug verankert sein kann.

## Internationale Vernetzung

Von Fall zu Fall mag man über

das Mehr oder Weniger der internationalen Vernetzung in guten Treuen geteilter Meinung sein, die Sache selber ist von existentieller und dauernder Bedeutung. Vernetzt sein heisst keineswegs, überall um jeden Preis mitmachen zu wollen, es heisst vielmehr im umfassenden Sinn laufend den Überblick und den institutionellen Zugang zu bewahren, um im entscheidenden Augenblick mitreden und frei entscheiden zu können.

## Gerechtigkeit

Zur Freiheit als grundlegendem Wert und zum - hier in seinen Konsequenzen auf die Aussenpolitik gestreiften - Realitätssinn als Orientierungshilfe gesellt sich als dritte Konstante eidgenössischer Politik der Wille zur Zusammengehörigkeit in der Gerechtigkeit. Unsere Unterschiede brauchen wir nicht zu betonen, auch wenn wir sie keineswegs als Last verstehen, sondern als Reichtum. Wichtig ist, dass die Gräben nicht unüberwindbar werden. Es geht nicht an, eine Fremdsprache zulasten einer zweiten Landessprache zu favorisieren. Die zweite Landessprache gehört zum Preis, den zu entrichten hat, wer Schweizer sein will oder Schweizerin. Es geht nicht an, Regionen abzuhängen.

## Gleichermassen zugehörig

Alle Teile des Landes gehören gleicherweise zur Schweiz. Dasselbe gilt für alle Gesellschaftsschichten. Nach einer



► Bundesrat Samuel Schmid

Phase der Nivellierung in den Vierziger bis Siebziger Jahren stehen wir wohl nach wie vor wieder in einer Phase der Akzentuierung der Unterschiede im Wohlstand. Um so wichtiger ist es, den Zugang aller Menschen in der Schweiz etwa zur Bildung oder zum öffentlichen Verkehr sicherzustellen. Vor allem aber sollen auch in Zukunft alle Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz spüren, dass für alle das gleiche Recht gilt, dass weder der Ärmste noch der Reichste irgend einer anderen Bürgerin oder einem Bürger das Geringste voraushat und dass Claire Zachanassian ein für allemal eine eindruckliche literarische Schöpfung bleibt und nicht zur Realität wird.

Lassen wir uns von den bleibenden Werten unserer Eidgenossenschaft leiten, investieren wir, politisch wie menschlich, in sichere Werte! Drei bleibende Werte werden noch Dividenden abwerfen, wenn selbst die Nachfolgerinnen aller heute an den Weltbörsen kotierten Firmen nur noch Namen der Wirtschafts-geschichte geworden sind: Freiheit, Realitätssinn, Gerechtigkeit. ◀

# Ja zur schweizerischen Neutralität, Nein zur UNO!

Bei einem Beitritt zur politischen UNO hätte unser Land schwere Nachteile in Kauf zu nehmen. Sagt das Schweizer Volk am 3. März 2002 Ja zum UNO-Beitritt, so müsste die Schweiz einen Vertrag - die UNO-Charta - unterschreiben. Damit verpflichten wir uns zu Sanktionen und Boykotten, die mit unserer Neutralität nicht vereinbar sind. Die Folgen wären: Weniger Sicherheit. Das Schweizer Volk hätte immer weniger zu sagen und immer mehr zu bezahlen.

*Artikel 41 der UNO-Charta* verpflichtet die Schweiz zur **Teilnahme an Sanktionen und Boykotten gegen Drittstaaten**, sofern der mit Sonderrechten ausgestattete Sicherheitsrat dies verlangt.

Solche Sanktionen und Boykotte sind Kriegsmittel. Sie treffen in der Regel nicht missliebige Machthaber und Diktatoren, sondern die unschuldige Bevölkerung.

*Artikel 43* verpflichtet die Schweiz, dem UNO-Sicherheitsrat aufgrund von Sonderabkommen „**Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Beistand zu leisten und Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechts zu gewähren**“. Und laut *Artikel 25* hat die Schweiz die **Beschlüsse des Sicherheitsrates „anzunehmen und durchzuführen“**.

Mit der Unterzeichnung dieses neutralitätswidrigen Vertrags werden wir zwangsläufig zur Konfliktpartei. Wir laufen Gefahr, in internationale Konflikte hineingezogen und allenfalls zur Zielscheibe von Terror- und andern Gewaltakten zu werden. Die Schweiz wird Spielball der Grossmächte.

Im Unterschied zu andern neutralen Staaten ist unsere

Neutralität selbstgewählt, immerwährend, bewaffnet, bündnisfrei und integral (umfassend):

## Bundesrätlicher Abschied von der schweizerischen Neutralität

Die schweizerische Neutralität bedeutet „strikte Nicht-Parteinahme bei internationalen Konflikten“. Diese Haltung ist mit der UNO-Charta unvereinbar. Darum hat der Bundesrat, als er die Neutralität noch ernst nahm, erklärt, die Massnahmen, die der Sicherheitsrat anordnen könne, kämen für die Schweiz nicht in Betracht, „weil sie mit dem Neutralitätsrecht im Widerspruch stünden“ (Botschaft des Bundesrates zum UNO-Beitritt 1981).

Heute beteuert der Bundesrat gebetsmühlenartig, die schweizerische Neutralität bleibe bei einem UNO-Beitritt „unberührt“. Und er ist nicht einmal mehr bereit, einen klaren Vorbehalt zur Wahrung der schweizerischen Neutralität zu machen: In seiner Antwort vom 22.8.2001 auf einen Vorstoss von Ständerat Brändli (SVP/GR) schreibt der Bundesrat: „Mit dem Wunsch

nach einem Neutralitätsvorbehalt anlässlich ihres UNO-Beitritts würde die Schweiz (...) zum Ausdruck bringen, dass sie wegen ihrer Neutralität nicht willens oder nicht in der Lage ist, als künftiges UNO-Mitglied sämtliche Verpflichtungen aus der UNO-Charta zu übernehmen“.

Im Klartext: Der Bundesrat will sämtliche - auch neutralitätswidrige - Verpflichtungen aus der UNO-Charta erfüllen. Er hat von der schweizerischen Neutralität bereits Abschied genommen!

## Souveränitäts- und Freiheitsverlust

Bei einem Beitritt zur politischen UNO würde auch unsere Souveränität massiv eingeschränkt: Die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (USA, Russland, China, England, Frankreich) besitzen das VETO-Recht, d.h. sie können jeden Beschluss, der ihnen nicht passt, verhindern. Der Sicherheitsrat beschliesst die Sanktionen und Boykotte, die wir mitzumachen hätten. Wir müssten uns den Machtinteressen der Grossmächte unterziehen und würden zu Handlangern ihrer Interessenpolitik degradiert. In einer internationalen Organisation, wo gewisse Staaten mit solchen Vorrechten ausgestattet sind, hat die Schweiz nichts zu suchen und schon gar nichts verloren.

Beachten Sie: Im New Yorker UNO-Glaspalast haben Diplomaten und Funktionäre das Sagen, sicher nicht das Schweizer Volk.

Ein Beitritt zur politischen UNO kostet mindestens 75 Millionen Franken pro Jahr -



zusätzlich zu den heutigen Zahlungen von 470 Millionen an die Unterorganisationen der UNO!

## Fass ohne Boden

Das ist aber nur die Spitze des Eisberges: Die UNO führt immer mehr sogenannte „Friedensmissionen“, d.h. Militäreinsätze in Konfliktgebieten, durch. Die Kosten dafür sind von 850 Millionen Dollar im Jahre 1998 auf 2154 Millionen Dollar im Jahr 2000 angestiegen. Die massiven Mehrkosten, auch für UNO-Kampagnen und Tribunale, werden zunehmend durch Sonderbeiträge finanziert. Daran hätte sich als Vollmitglied auch die Schweiz zu beteiligen.

Dazu kommt, dass die UNO als „Zielgrösse“ für die staatliche Entwicklungshilfe einen Beitragssatz von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts ihrer Mitgliedsländer beschlossen hat. Der Druck, dass auch die Schweiz dies bezahlen soll, wäre gross. Unsere Entwicklungshilfezahlungen würden dadurch jährlich um 1,6 Milliarden Franken steigen.

**Trotz der massiven Staatspropaganda durch den Bundesrat und die Verwaltung und trotz aller Beschönigungsversuche durch neutralitätsmüde Kreise wächst die Skepsis gegenüber einem UNO-Beitritt im Schweizer Volk. Es gibt für einen derart nachteiligen Vertrag am 3. März 2002 nur eine Antwort - auch aus Sicht der jungen Generation: ein überzeugtes Nein!** ◀

Dr. Christoph Blocher,  
Nationalrat, Herrliberg (ZH)

# SVP lanciert Krankenkassen-Initiative

Die Delegiertenversammlung vom 12. Januar in Landquart (GR) hat einstimmig beschlossen, wegen des völligen Versagens des Krankenversicherungsgesetzes eine Volksinitiative auszuarbeiten. Für die Volksabstimmung des 3. März empfiehlt die SVP dem Stimmvolk mit vollster Überzeugung, die Initiative „für eine kürzere Arbeitszeit“ abzulehnen.

Wie so oft konnte und wollte sich die SVP im Jahr 1994, als über das Krankenversicherungsgesetz (KVG) abgestimmt wurde, nicht der so genannten „Koalition der Vernunft“ aus FDP, SP und CVP anschliessen und hatte deshalb für das KVG die Nein-Parole beschlossen. Wie so oft wurde die SVP ob ihres Verhaltens als „Nein-Sagerin“ und als destruktive Oppositionspartei gescholten. Und wie so oft stellte sich bald einmal heraus, dass die SVP Recht hatte.

## Seit Jahren Kostenexplosion

Das Ziel des KVG, die Stabilisierung der Krankenkassenprämien, konnte nicht einmal im Ansatz erreicht werden,

**Der Leitende Ausschuss der Schweizerischen Volkspartei wird beauftragt, eine Initiative vorzubereiten mit dem Ziel, die Krankenkassen-Prämien massiv zu senken, die Gesundheitskosten zu stabilisieren, den Zwang zu lockern und die Freiheit zu stärken, ohne dabei die Leistungen abzubauen.**

obwohl der Prämienanstieg bisher durch einen Abbau der Reserven abgefedert wurde. Die Krankenversicherungsprämien sind per Anfang 2002 um fast 10 Prozent gestiegen. Jeden Monat beträgt das Kostenwachstum im obligatorischen Bereich des Gesundheitswesens rund 80 Millionen Franken. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Prämien auf das Jahr 2003 sogar um 10 -15 % wachsen werden.

## Bundesrat handlungsunfähig

Bundesrätin Dreifuss hat aus der 6-jährigen Leidensgeschichte des KVG nichts gelernt. Statt endlich wieder Versicherten, Versicherern und Leistungserbringern mehr Freiheiten zu geben und die Zwangsjacke zu lockern, werden unüberlegte und wirkungslose Massnahmen ergriffen. Da der Bundesrat nicht fähig ist, die Prämienexplosion zu bekämpfen, hat die SVP die Lancierung einer Volksinitiative beschlossen.

## Unterschriften- sammlung beginnt noch 2002

Bereits seit über einem Jahr ist unter der Leitung von Nationalrat Toni Bortoluzzi eine Arbeitsgruppe für dieses Projekt tätig. Gemäss Auftrag der DV (302:0 Stimmen, ohne



► Nationalrat Peter Spuhler (TG) engagiert sich an der Delegiertenversammlung gegen die 36-Stunden-Initiative

Enthaltungen) wird nun ein konkreter Text ausgearbeitet, der voraussichtlich noch in diesem Jahr - wiederum von der DV - zu beurteilen ist. Die SVP hofft - ein positiver Entscheid der Delegierten vorausgesetzt - noch in diesem Jahr mit der Unterschriftensammlung beginnen zu können.

## Arbeitsverbots- Initiative

Als zweites Traktandum stand die Parolenfassung zur Initiative des Gewerkschaftsbundes „für eine kürzere Arbeitszeit“ auf dem Programm. Die Gewerkschaften wollen es verbieten, mehr als 1872 Stunden pro Jahr, d.h. mehr als 36 Stunden pro Woche zu arbeiten. Die Überzeit darf 100 Stunden pro Jahr nicht überschreiten. Die Löhne unter 7600 Franken würden trotz Arbeitszeitreduktion nicht verändert.

## Kompetenter Referent

SVP-Nationalrat Peter Spuhler (TG) als Unternehmer mit Produktionsstandorten in der Schweiz und in Deutschland

konnte in seinem Referat aus seiner Erfahrung mit diesen beiden Systemen berichten. Trotz höherer Löhne ist für ihn die Schweiz der bessere Standort, da hier länger gearbeitet wird. Eine Einschränkung der Arbeitszeit auf 36 Stunden pro Woche würde viele Stellen - besonders für eher unqualifizierte Arbeitskräfte - ins Ausland vertreiben.

## Kühe nur noch einmal melken?

Gegen diese Argumente hatte André Daguët, Vizepräsident der Gewerkschaft SMUV, trotz einem engagierten Votum einen schweren Stand. Er begründete die Reduktion der Arbeitszeit mit einer höheren Lebensqualität und weniger Stress sowie mit der langen Übergangszeit bei der Einführung der neuen Vorschriften. Den zahlreich anwesenden Gewerblern vermochte er jedoch nicht zu erklären, wie ein Unternehmen, das nicht auf Rosen gebettet ist, solch einschneidende Veränderungen überleben kann.

## Noch mehr internationale Verträge?

Ein UNO-Beitritt hätte die Aushöhlung unserer direkten Demokratie und den Verlust an Volksrechten zur Folge. Ein UNO-Beitritt wird die Tendenz, internationale Übereinkommen abzuschliessen, weiter verstärken.

Am 25. September 1994 stimmte das Schweizervolk über das sogenannte Anti-Rassismus-Gesetz ab. Diese Gesetzesänderung war notwendig, weil der Bundesrat und Parlament das UNO-Übereinkommen „zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“ unterschreiben wollten.

### In der Regel keine Volksabstimmung

Wegen dieser Gesetzesänderung konnte das Volk indirekt auch über dieses Abkommen befinden. Normalerweise hat das Volk zur Ratifizierung von UNO-Abkommen nichts zu sagen. Das Volk wird nicht einmal die Vertreter, welche in der Generalversammlung der UNO Einsitz nehmen werden, wählen können. Diese werden vielmehr vom Bundesrat und dem EDA ausgewählt und instruiert.

### Abstimmungsversprechen

Bei der Ratifizierung des Abkommens gegen Rassismus wurde ein Vorbehalt angebracht. Dieser verunmöglicht es Personen, die behaupten, Opfer von Rassismus geworden zu sein, sich an eine UNO-Kommission zu wenden. Nachdem versprochen wurde, diesen Vorbehalt anzubringen, stimmte das Volk mit 54 % knapp zu.

Das Volk hat nun seine Schuldigkeit getan. Der Bundesrat hat jetzt beschlossen, diesen Vorbehalt aufzuheben und die

UNO-Kommission als Beschwerdeinstanz anzuerkennen. Ein Referendum ist leider ausgeschlossen. Das Volk wurde tüchtig hinters Licht geführt. Künftig können also z.B. Ausländer, deren Einbürgerungsgesuch durch die Gemeindeversammlung abgelehnt wird, an diesen UNO-Ausschuss gelangen.

### UNO beurteilt Einbürgerungen

Zwar ist der Ausschuss nicht befugt, einen Staat rechtlich zu verurteilen. Doch die UNO-Ausschüsse bemühen sich bekanntlich immer wieder, moralischen Druck auf die Staaten auszuüben. So wird der belangte Staat aufgefordert, innerhalb von 90 Tagen über die Massnahmen zu berichten, welche aufgrund der Auffassungen des Ausschusses ergriffen wurden. Dass sich die Schweiz gehoramsamst an solche Empfehlungen halten wird, ist so gut wie sicher.

### Nein zu noch mehr Verträgen!

Die Mitgliedschaft in der politischen UNO führt zum vermehrten Abschluss von internationalen Übereinkommen, welche teilweise nicht einmal dem Referendum unterstehen. Mit dem UNO-Beitritt wird das Volk zweifelsohne an demokratischen Rechten verlieren, wodurch unsere direkte Demokratie unterhöhlt wird. ◀

Marcel Scherer, Nationalrat, Hünenberg (ZG)

## Keine Gleichschaltung

Coin latin

Im Konzert der Nationen hat die Schweiz immer eine eigene Rolle gespielt. Und diese Rolle war stets positiv. Die Schweiz hat deshalb ein gutes Image eines Landes, das sich von den anderen abhebt.

Dieses positive Bild bedeutet nicht, dass nichts geändert werden sollte. Es verpflichtet uns aber zum Nachdenken, bevor einschneidende Veränderungen vorgenommen werden. Es darf nämlich keinesfalls darum gehen, sich einem Herdentrieb hinzugeben. Wir müssen uns ernsthaft und objektiv die Frage stellen, in welcher Art und Weise unser Land am besten zum Wohlergehen der Welt beitragen kann.

### Gutes Image

Wir sind bereits Mitglied bei der Mehrheit der internationalen Organisationen und insbesondere bei den humanitären Werken der UNO. Wir verfügen über ein gutes Netzwerk in der weltweiten Diplomatie. Unser Image in der Welt ist gut, auch wenn Miesmacher, die meinen wir seien die einzigen auf der Welt, die olympische Spiele und internationale Konferenzen abhalten können, das anders sehen wollen.

### Bekämpfung des Leidens

Das Ziel unserer Beteiligung an internationalen Organisationen, an humanitären Hilfsaktionen, an der Friedensförderung besteht darin, das Leiden auf der Welt zu bekämpfen und damit unser Bild eines grosszügigen, kompetenten und effizienten Landes zu bestätigen.

Wie können wir dieses Ziel erreichen? Indem wir kurze Wege anstreben. ◀



► Nationalrat Jean Fattebert  
Vizepräsident SVP Schweiz,  
Villars-Bramard (VD)

### Schwerfällige UNO

Es ist ganz offensichtlich, dass die grossen internationalen Organisationen trotz ihrem guten Willen unter ihrer schwerfälligen Verwaltung, unter Korruption oder sogar unter der Infiltration durch terroristische Organisationen leiden. Es ist effizienter, gezielte Aktionen durchzuführen, die das Label Schweiz tragen und ein genau definiertes und konkretes Ziel verfolgen. UNO-Mitglied zu werden und an der Vollversammlung der UNO teilnehmen zu wollen, heisst in die falsche Richtung zu gehen.

Das Nein zur politischen Versammlung der UNO bedeutet deshalb ein Ja zu einer solidarischen und offenen Schweiz ohne Maulkorb und ohne Gleichschaltung. ◀

# Frauen gegen den UNO-Beitritt

Die SVP Frauen Schweiz haben die knapp zustande gekommene UNO-Beitrittsinitiative grossmehrheitlich abgelehnt. Eine Mitgliedschaft der Schweiz in den Vereinten Nationen steht im Widerspruch zum schweizerischen Neutralitäts-Verständnis.

Ein wichtiger Grund für die ablehnende Haltung der SVP Frauen ist die Struktur des Sicherheitsrates, dem fünf ständige und vetoberechtigte Mitglieder, nämlich China, Frankreich, Russland, Grossbritannien und die USA angehören. Jedem der fünf ständigen Atommächte steht je einzeln das Vetorecht zu.

## Mächtiger Sicherheitsrat

Die Macht des Sicherheitsrates ist beträchtlich, hängt jedoch davon ab, ob ein permanentes Mitglied sein Veto

einlegt. Problematisch ist, dass unter den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates China und Russland nicht als demokratische Rechtsstaaten gelten können.

Beim Bruch des Friedens verhängt der Sicherheitsrat, sofern er nicht durch ein Veto gestoppt wird, gemäss Art. 41 der UNO-Charta verbindliche Sanktionen wie den Unterbruch der Wirtschaftsbeziehungen, z.B. Nahrungsmittelboykotte etc., Unterbruch des Verkehrs, der Kommunikation jeder Art und der diplomatischen Beziehungen.



► Esther Weber, Bezirksrätin  
Präsidentin SVP Frauen Schweiz

Bei diesen Sanktionen leiden immer die Schwachen - die Frauen, die Kinder, die Kranken und die alten Menschen - am meisten.

## Militärische Sanktionen

Erweisen sich diese Sanktionen als unzulänglich, beschliesst der Sicherheitsrat gemäss Art. 42 militärische Sanktionen. Die Mitglieder müssen auf Grund von Sonderabkommen Streitkräfte

zur Verfügung stellen. Sie müssen Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechts, d.h. auch das Überflugsrecht, gewähren.

## Neutralität ein Fremdwort

Die UNO-Charta kennt den Begriff Neutralität nicht. Sie kennt nur Mitglieder, Nichtmitglieder und gemäss Art. 107 Feind-Staaten des 2. Weltkrieges. Die politische UNO ist unfähig, die kollektive Sicherheit zu garantieren. In gewissen Fällen, wenn die Interessen der fünf Grossmächte parallel laufen, kann sie mithelfen den Frieden zu bewahren oder wieder herzustellen. In vielen Fällen wollte die UNO zu viel und ist gescheitert, so z.B. in Angola, Sierra Leone, Kambodscha, Somalia, Ruanda. Nicht das gemeinsame Interesse aller Staaten, der kleinen und grossen, ist entscheidend, sondern das je besondere Nationalinteresse der einzelnen Grossmächte und allfällig ihrer Schützlinge. ◀

## Volksinitiative „Für eine kürzere Arbeitszeit“

# NEIN zur 36-Stunden-Initiative

Die Gewerkschaften wollen mit ihrer Initiative „für eine kürzere Arbeitszeit“ künftig die Höchstarbeitszeit in der Verfassung auf 36 Stunden beschränken. Das Hauptanliegen der Initiative, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, ist heute weitgehendst ohne staatlichen Interventionismus erreicht.

Die gegen uns konkurrenzierenden EU-Staaten kennen in der Regel gesetzlich geregelte Höchstarbeitszeiten. Bei 48 Stunden liegen Deutschland, Italien, Grossbritannien und Irland. Der Grossteil der restlichen Staaten schreibt 40 Wochenstunden vor. Unter der 40 Stunden-Grenze liegen nur Belgien mit 39 Stunden und Frankreich mit neu 35 Stunden. Zwei Länder mit ausserordentlich schwachen Volkswirtschaften und hoher Schwarzarbeit, die wir nicht als Vorbilder nehmen können. Gerade aus solchen Gründen lehnt die SVP den EU-Beitritt ab.

## Arbeitsplatzsicherheit statt mehr Schwarzarbeit

Eine Verkürzung der Arbeitszeit führt zu mehr Schwarzarbeit, da die zusätzliche Freiheit bei tieferen Löhnen dazu genutzt wird, trotz Verbot durch Höchstarbeitszeit zusätzlichen Erwerbsmöglichkeiten nachzugehen. Dies gefährdet gerade die schwächsten Arbeitnehmenden, die leichter aus dem Job ausscheiden und arbeitslos werden. Die Arbeitslosenzahlen in Europa, im Durchschnitt bei knapp 9%, sprechen eine deutliche Sprache.

## Individuelle Lösungen statt Einheitsbrei

Individuelle Arbeitszeitmodelle zwischen den Sozialpartnern sind dirigistischen Eingriffen Vorrang zu geben. Ebenfalls besteht die Möglichkeit nur 50 oder 80% zu arbeiten, was dank den guten Löhnen in der Schweiz möglich ist.

Es gilt am 3. März 2002 mit einem klaren Nein, einen Beitrag für die Beibehaltung der guten Arbeitsbedingungen der Schweiz zu leisten. ◀

Silvia Bär, wissenschaftliche  
Mitarbeiterin SVP Schweiz

# 10 Argumente gegen den UNO-Beitritt

## 1 Zu Sanktionen gezwungen

Die Schweiz müsste die vom UNO-Sicherheitsrat verhängten Sanktionen gegen einzelne Staaten zwingend mittragen. Boykotte und die sogenannte Hungerwaffe, die in der Regel nicht die Herrscher, sondern die Schwachen treffen, sind mit unserer Neutralität nicht vereinbar! Damit würde unsere traditionelle Neutralität aufs äusserste strapaziert und schliesslich zur Farce verkommen.

## 2 Keine Volkerfamilie

Die UNO ist nicht das Abbild einer „Weltlandsgemeinde“, wo das einfache Volk bestimmen kann. In der UNO-Generalversammlung vertreten sind vielmehr zahlreiche Regierungen, die ihre Macht auf der brutalen Unterdrückung des Volkes stützen. Diese Diktatoren kümmern sich in der Regel kaum um Menschenrechte und Entwicklung, sondern vielmehr um ihr eigenes Prestige und Portemonnaie.

## 3 Herdentrieb

Der Bundesrat ist der Meinung, die Schweiz müsse der UNO allein deshalb beitreten, weil dies von der Weltöffentlichkeit erwartet werde. In Tat und Wahrheit aber hat die Weltöffentlichkeit ganz andere Sorgen, als die Beziehung der Schweiz zur UNO zu erörtern. Ausserdem wäre es äusserst bedenklich, die Aussenpolitik

nach einem Herdentrieb auszurichten.

## 4 Wider die Neutralität

Ein Beitritt zur politischen UNO macht die Schweizerische Neutralität unglaubwürdig und gefährdet damit unsere nationale Sicherheit in künftig möglichen Konflikten. Gleichzeitig werden auch die Chancen der Schweiz zur Übernahme von guten Diensten geschmälert. Mit einer blossen Erklärung, wie sie der Bundesrat dem Beitrittsge-such beilegen will, wird die Schweizerische Neutralität von der UNO keineswegs garantiert.

## 5 Schleichender Souveränitätsverlust

Die Mitgliedschaft in der politischen UNO verlangt die vermehrte Unterzeichnung und Ratifikation von internationalen Abkommen, welche z. T. nicht einmal dem fakultativen Referendum unterstehen. Das Schweizer Volk hätte dazu nichts zu sagen. Damit würden unsere Volksrechte abgebaut und die Volkssouveränität geschmälert.

## 6 Nur bei uns Volksabstimmung

Ein Hauptargument des Bundesrates besteht darin, dass heute fast alle Länder ausser der Schweiz UNO-Mitglieder sind. Nur hatte dort das Volk

nichts zu sagen. Überall waren es die Politiker und Diplomaten, welche die Weichen für einen UNO-Beitritt und somit für mehr schöne (und teure) Reisen an internationale Konferenzen, für mehr Pöstchen an attraktiven Orten usw. gestellt haben.

## 7 Wirtschaftliche Gründe?

Der Wirtschaftsspitzenverband *economiesuisse* sagt, die Ablehnung des UNO-Beitritts wäre schlecht für unsere Wirtschaft. Diese alte Leier haben wir schon 1992 gehört, als für den Fall einer EWR-Ablehnung der Teufel an die Wand gemalt wurde. Heute wissen wir, dass es der Schweiz wirtschaftlich immer noch viel besser geht als der EU. Der UNO-Beitritt hat nichts mit unserer Wirtschaft zu tun. Es geht hier einzig darum, die gut geschmierte Kampagnenmaschinerie der *economiesuisse* in Stellung zu bringen.

## 8 Grossmacht-hörigkeit

Bei uns wird die UNO als Organisation dargestellt, die sich bedingungslos für Frieden und Menschenrechte einsetzt. Aktiv wird sie aber nur dort, wo es den fünf vetoberechtigten Grossmächten (China, Russland, USA, Frankreich, Grossbritannien) in den Kram passt (z.B. Kuwait). Im bosnischen Srebrenica zum Beispiel wurde die UNO-Schutzzone feige im Stich gelassen, was 1995 Tausende von Menschenleben kostete.

## 9 Nicht alle dabei

Die Schweiz sei neben dem Vatikan das einzige Land, das nicht UNO-Mitglied ist, sagt der Bundesrat. Doch was ist mit Taiwan? Dieses wurde 1971 auf Druck der kommunistischen Volksrepublik China aus der UNO hinausgeworfen. Doch auch das tibetische Volk darf nicht in der UNO vertreten sein.

## 10 Volk spricht nicht mit

Als Vollmitglied könne die Schweiz in der UNO-Vollversammlung mitsprechen und mitstimmen. Doch wer würde dieses Stimmrecht ausüben? Jedenfalls nicht das Volk, sondern die Beamten und Diplomaten des EDA. Dieses untersteht bekanntlich Bundesrat Deiss, der noch mehr bindende Verträge abschliessen und unser Land in noch mehr internationale Organisationen bringen will.

Yves Bichsel,  
Pressesprecher

Jeannine Grünenfelder,  
wissenschaftliche Mitarbeiterin

**Deshalb am  
3. März 2002:**

**NEIN**  
ZUM UNO-BEITRITT



Kürzlich fragte eine Journalistin den Pressesprecher des EDA nach den Daten von UNO-Veranstaltungen mit Joseph Deiss. Man beschied ihr, diese seien „vertraulich“... Wohl mit gutem Grund: Den UNO-Fans gehen die Argumente schon mitten im Abstimmungskampf aus.

## Vertrauliche Auftritte von Gregor A. Rutz

Bis zum Redaktionsschluss des SVPja ist keine einzige Veranstaltung von Deiss und Blocher in der Deutschschweiz bekannt. Nur in Lausanne ist der französischsprachige Aussenminister bereit, gegen Blocher anzutreten. Wahrlich kein staatsmännisches Verhalten.

Im Abstimmungskampf ist den Befürwortern kein Mittel zu schade, um für ein Ja zu werben - sie schrecken nicht einmal davor zurück, Steuergelder einzusetzen. Quasi als Tüpfchen aufs „i“ hat Ruth Metzler kürzlich mit Polo Hofer - einem der bekanntesten Drogenkonsumenten in unserem Lande - eine Pressekonferenz gegeben. Soweit sind wir schon. Die Befürworter wollen dem Stimmbürger weismachen, die Schweiz sei bei einem Nichtbeitritt international isoliert.

Die schweizerische Neutralität jedoch ist weder altmodisch noch eigenbrötlerisch: Als souveräner, unabhängiger Kleinstaat hat die Schweiz in verschiedener Hinsicht mehr zu bieten als die UNO. Als weltweit einziges strikt neutrales Land ist sie in besonderem Masse dazu befähigt, zu vermitteln und unparteiische humanitäre Hilfe zu leisten, wo Not herrscht.

Es ist nicht der Weg der neutralen Schweiz, an internationalen Sanktionen und Boykotten teilzunehmen, geschweige denn, militärische Streitkräfte zur Verfügung zu stellen oder ein militärisches Durchmarschrecht zu gewähren (vgl. Art. 43 der UNO-Charta). Wir nützen uns und der Welt mehr, wenn wir als bescheidener, glaubwürdiger und neutraler Kleinstaat unseren Beitrag zum Weltfrieden leisten. Darum: Nein am 3. März - für eine weltoffene Politik der Zukunft!

Die clevere Erfindung eines Freiburger Jagdaufsehers!

# MIRATEL® Teleskop-Hochsitz

Gewicht: nur 14 kg · max. Länge: 3.5m · Min. Länge: 73cm  
Masse: 73x63x13cm · 11 Zwischenlängen  
Vollständig in Alu grün anodisiert  
Einfach zu transportieren/versorgen · Optimale Sicherheit  
Sehr bequeme Stellung und Sitzlage  
Komfortable Tragvorrichtung als Zubehör erhältlich  
Robustes Schweizer Fabrikat · **Sofort ab Lager lieferbar!**



Lizenzproduktion/Vertrieb:

**SELESTA AG**

Breitstrasse 7 · Postfach 1536

**CH-5610 Wohlen**

Tel. 0041-56-621 28 21

Fax 0041-56-621 22 06

E-Mail: [selesta@bluewin.ch](mailto:selesta@bluewin.ch)

Originalprospekt im Internet: [www.miratel-shop.com](http://www.miratel-shop.com)  
Online-Bestellungen mit VISA/EUROCARD



## Impressum SVPja

Herausgegeben von  
der Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheint 12 Mal im Jahr

Verantwortlich für die Redaktion:  
Dr. Yves Bichsel

Anzeigenverwaltung: Herr Kurt Küng  
Tel. 079 333 11 50, Fax 032 621 29 42, [info@kkrisk.ch](mailto:info@kkrisk.ch)  
Gerne stellen wir Ihnen unsere Inseratedokumentation zu.

Postadresse:  
Generalsekretariat SVP, Brückfeldstr. 18, Postfach, 3000  
Bern 26, Tel 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85

e-mail der Redaktion: [svpja@svp.ch](mailto:svpja@svp.ch)

Abonnementspreise:  
Jahresabonnement für Nicht-Parteimitglieder 35.-  
Franken; Parteimitgliedern wird die Zeitung gratis  
zugestellt.

Bank: Stiftung SVPja, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck: Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18,  
4800 Zofingen, Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:  
Verlag Zofinger Tagblatt, Henzmannstr. 18, 4800  
Zofingen, Tel. 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

# Die Schweiz ohne UNO - ein Palaver

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen, sagt eine verbreitete Redensart. Für die eher redefreudigen als tatendurstigen Politiker gilt eine angepasste Version: An ihren Worten sollt ihr sie erkennen.

Besonders aufschlussreich waren in diesem Zusammenhang ein paar rhetorische Höhenflüge unserer Volksvertreter in der parlamentarischen UNO-Debatte der letzten Herbstsession. SP-Nationalrat Andreas Gross versuchte sich als Zahlenmagier: "Ich möchte daran erinnern, dass das Frauenstimmrecht 1959 abgelehnt worden ist. 1971 ist es angenommen worden. 1986 plus 12 gibt 1998; die Revision des 1986er-Entscheides ist also auch quantitativ fällig."

## Quantitative Fälligkeit

Hoffentlich kommt niemand auf die Idee, solch eigenartige Zahlenspiele auf den Sprechenden selber anzuwenden. Andreas Gross wurde nämlich im Jahre 1991 in den Nationalrat gewählt. 1991 plus 12 gibt 2003. Herr Gross wäre nach seiner eigenen numerischen Logik also auch demnächst „quantitativ fällig“.

## Gedankenfreies Denken

SP-Nationalrat Remo Gysin UNO-Plädoyer fand seinen Höhepunkt in einem forschenden Rückzieher: "Die Uno arbeitet erfolgreich - nicht immer, aber oft." Zum alkoholfreien Bier-Slogan gesellt sich nun also auch das gedankenfreie Denken.

## UNO hilft überall

Völlig umwerfende neue Horizonte eröffnete dagegen die grüne Nationalrätin Pia Hollenstein: "Seit Jahrzehnten ist für alle UNO-Aktivitäten die Gender-Frage ein Leitprinzip. Damit sind alle Bemühungen für eine bessere Beziehung von Mann zu Frau und Frau zu Mann gemeint." Wer Ehe- und Beziehungsprobleme hat, möge sich also künftig vertrauensvoll an die UNO wenden. Doch lauschen wir weiter dem Originalton Hollenstein: "Die Gender-Frage setzt sich mit der Frage auseinander, wie die Beziehung unter den Geschlechtern gestaltet ist. Es geht um die Frage der Beziehung und des Miteinander. Bei diesem Approach möchte ich nicht weiterhin abseits stehen." Ja, wer will bei einem Approach schon outside stehen und vom feeling her ein schlechtes Gefühl haben?

## Prozess der Entstehung von Dokumenten

Doch damit nicht genug der tiefenpsychologischen UNO-Erkenntnisse, denn Frau Hollenstein folgerte weiter: "Unser schweizerisches Abseitsstehen ist bezüglich der Genderfrage doppelt negativ, weil wir bei wichtigen Bestrebungen in diesem Bereich nicht Teil der Bemühungen sind und damit auch



► Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Uerikon (ZH)

nicht solidarisch sind mit denen, die sich für eine bessere Beziehung von Mann und Frau einsetzen.

## Solidarisch bedauern

Eine globale Gesellschaft kann sich - davon bin ich überzeugt - nur zu einer humanen Gesellschaft entwickeln, wenn die Genderfrage ernst genommen wird." Wer will schon nicht "Teil der Bemühungen" sein und solidarisch mit Frau Hollenstein bedauern, dass Schweizer Frauen "am Prozess der Entstehung von Dokumenten" nicht "vollumfänglich teilhaben" können?

Ob die Frauen in der tristen Realität so zahlreicher UNO-Staaten ausgebeutet, unterdrückt und gesteinigt werden, braucht uns dann nicht mehr gross aufzuregen. Schliesslich hat Pia Hollenstein mit anderen Schweizer Frauen „solidarisch“ und „vollumfänglich“ am „Prozess der Entstehung von Dokumenten“ mitgewirkt. ◀

## KURZ MELDUNGEN

### SEKTIONS-GRÜNDUNGEN:

#### Kanton Nidwalden

Am 19. Dezember 2001 wurde die SVP Emmetten als 5. Ortssektion der SVP Nidwalden gegründet.

#### Junge SVP

Am 9. November 2001 gründete die Junge SVP Schweiz in Basel-Stadt in Anwesenheit von 60 Personen ihre 17. Kantonalsektion.

Bitte melden Sie Sektionsgründungen zur Veröffentlichung umgehend dem SVPja (svpja@svp.ch)

**Parolen  
der SVP  
Schweiz für die  
Eidg.  
Abstimmung  
vom 3. März 02**

**NEIN**  
zum UNO-Beitritt  
der Schweiz

**NEIN**  
zur  
gewerkschaftlichen  
Arbeitsverbots-  
Initiative  
"für eine kürzere  
Arbeitszeit"

Fortsetzung Seite 6

Für die Landwirte bleibt die Frage offen, ob sich die Kühe nach Einführung der 36-Stunden-Woche daran gewöhnen müssten, nur noch einmal pro Tag gemolken zu werden.

### Einstimmig verworfen

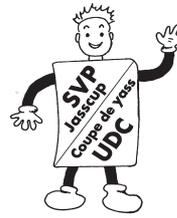
Einstimmig und ohne Enthaltungen verwarf schliesslich die DV die Arbeitszeit-Initiative, über die wir am 3. März abstimmen. Es bleibt zu hoffen, dass trotz grossem Engagement gegen den UNO-Beitritt diese für den Wirtschaftsstandort Schweiz gefährliche Initiative ebenfalls bekämpft

und vom Volk mit einem klaren Resultat verworfen wird.

### Standing Ovation für Ueli Maurer

Grossen Applaus gab es am Schluss für Nationalrat Ueli Maurer, der für zwei weitere Jahre als Präsident der SVP bestätigt wurde. Die DV brachte damit zum Ausdruck, wie sehr die hervorragende Arbeit des Präsidenten, sein kompetentes Auftreten und sein grosser persönlicher Einsatz für die SVP in der ganzen Partei geschätzt werden. ◀

Yves Bichsel, Pressesprecher



2. Nationaler SVP Jasscup  
mit dem SVP-Bundesrat,  
SVP-National-  
und Ständeräten  
sowie den Jassexperten  
Albert und Helen  
Hagenbucher, Humlikon

**2. Nationaler SVP Jasscup**  
Samstag, 23. Februar 2002 im Saal Dorfmat, Rotkreuz

**Samstag, 23. Februar 2002**

Beginn 11.00 Uhr / Dauer bis ca. 15.00 Uhr  
(Jasszettel-Ausgabe ab 10.30 Uhr)

In unmittelbarer Nähe zum Bahnhof,

**im Saal Dorfmat, Rotkreuz (ZG)**

Parkplätze sind vorhanden

**Organisatorin**

Schweizerische Volkspartei des Kantons Zug

**OK-Präsident Nationalrat Marcel Scherer, Hünenberg**

**Modus**

- **Schieber** mit zugelostem Partner (vier Passen à 12 Spiele, eine Streichpasse, gewertet 36 Spiele)
- **Differenzler** mit zugelosten Gegnern (vier Passen à vier Spiele, eine Streichpasse, gewertet 12 Spiele)

**Kartenart**

Deutschschweizer und französische Karten

**Preise**

Wanderpreise für die Siegerinnen und Sieger sowie viele attraktive Preise

**Teilnahmegebühr**

Fr. 30.- sind an der Eingangskasse zu bezahlen. Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder und SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen. Auch „Nicht-Jasser“ sind selbstverständlich herzlich willkommen!

Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, sich mit dem unten stehenden Talon direkt bei der Organisatorin anzumelden. **Kurzentschlossene haben die Möglichkeit, sich am Jassstag vor Ort anzumelden.**

Dienstag, 29. Januar 2002, 20.00 Uhr, Restaurant du Lavapesson, Granges-Paccot (FR)

## L'avenir de notre économie face à la mondialisation

Referenten: Jacques Pasquier-Dorthe, Professor Universität Freiburg  
Otto Piller, Direktor Bundesamt für Sozialversicherung

Freundlich lädt ein:  
SVP Kanton Freiburg

# STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

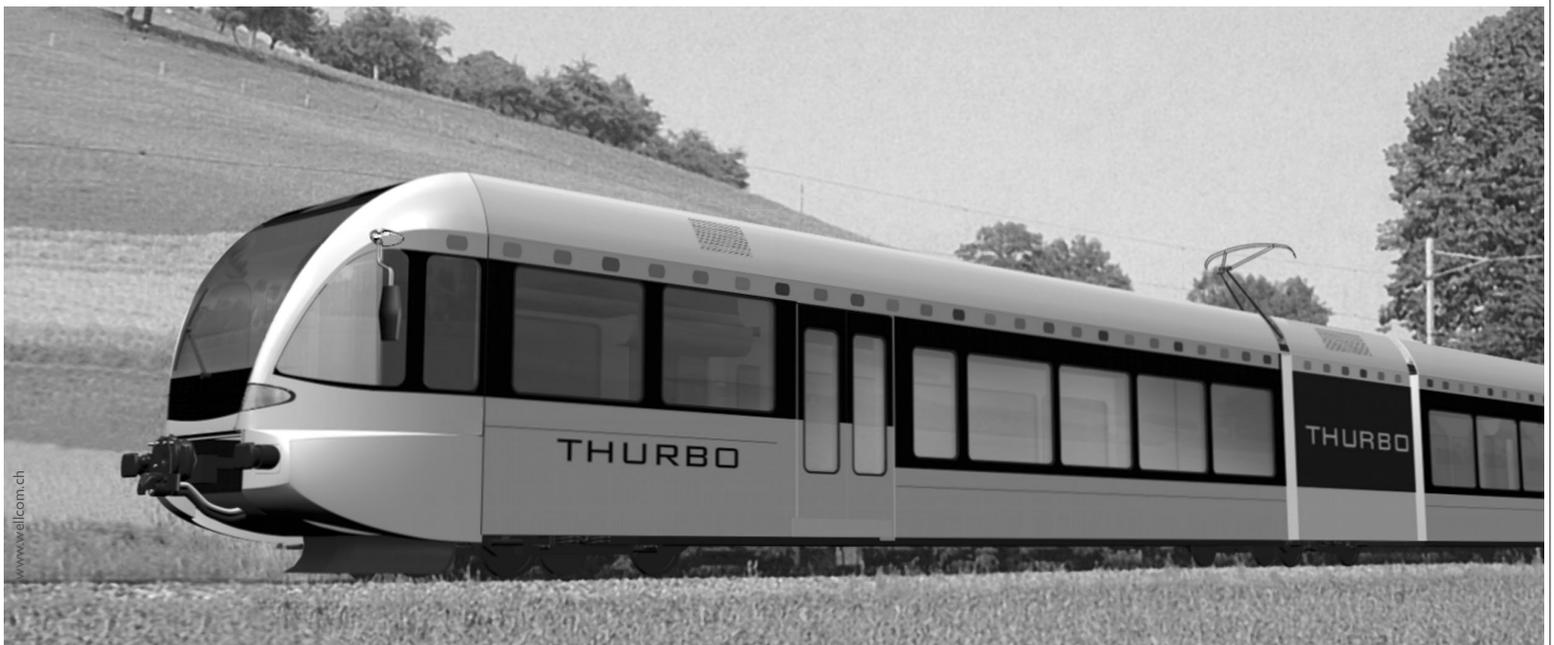
## Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG

9565 Bussnang

Telefon 071 626 20 20

E-Mail [stadler.bussnang@stadlerrail.ch](mailto:stadler.bussnang@stadlerrail.ch)



# Eine gewichtige Entscheidung

Im Folgenden sollen einige Argumente der Befürworter eines UNO-Vollbeitritts unter die Lupe genommen werden. Damit hoffe ich, einen kleinen Beitrag zur Meinungsbildung in dieser für unser Land gewichtigen Entscheidung zu leisten.

## Machtspiele statt Weltfriede

„Der am 26. Juni 1945 gegründete Zusammenschluss der Siegermächte (UNO) ist vorbehaltlos zu unterstützen, denn seine Ziele sind der Weltfriede und die internationale Sicherheit.“

Obwohl die Ursachen offener Konflikte oft kaum durchschaubar sind, kommt es immer wieder zur Parteinahme durch die Friedensstifterin UNO unter Truppen- und

damit Gewalteinsatz. Als Vollmitglied müsste die Schweiz hier mittun. Und dies, obwohl die UNO oft auch wegschaut, z.B. in Tschetschenien oder in Tibet. Wer der UNO beitrifft, unterstützt nicht ein grossartiges Friedensprojekt, sondern billigt Ungerechtigkeit im Interesse der Vetomächte.

## Vorbild durch Beitritt?

„Unser föderalistischer Rechtsstaat, in dem seit Jahrhunderten verschiedene Kul-

turen friedlich miteinander leben, könnte in der UNO Vorbild sein.“

Da die Beschlüsse der UNO-Generalversammlung nur als Empfehlungen gelten, kann die Schweiz dort auch kaum als Vorbild wirken. Wichtige Arbeit wird dagegen in den vielen Sonderorganisationen der UNO geleistet, in denen die Schweiz mit sachorientiertem, gezieltem Einsatz Vorbild ist.

## Glaubwürdige neutrale Hilfe

„Auch andere Länder, welche sich als neutral bezeichnen, sind UNO-Mitglieder und haben die UNO-Charta trotzdem unterzeichnet.“

Die in der Bundesverfassung (Art. 185) verankerte schweizerische Neutralität steht für einen vorbehaltlosen Gewaltverzicht. Damit vermeidet unser Land ungerechte Parteinahme, aber auch das Ausbrechen von Konflikten zwischen den ethnischen, kultu-



► Sabina Geissbühler-Strupler  
Herrenschwanden (BE), Mitglied  
des Frauenkomitees gegen den  
UNO-Beitritt

rellen und religiösen Gruppen im eigenen Land. Als wirklich neutraler Staat kann die Schweiz dort wertvolle Hilfe leisten, wo die UNO als feindliche Partei empfunden wird.

Nach sorgfältigem Abwägen aller Argumente bin ich zur Überzeugung gelangt, dass sowohl für die Staatengemeinschaft wie auch für die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz ein NEIN zum UNO-Vollbeitritt das Beste ist. ◀

# Referendum gegen Beschwerderecht bei Einbürgerungen

(SVP) An seiner Sitzung vom 11. Januar 2002 hat der Zentralvorstand der Schweizerischen Volkspartei beschlossen, das Referendum gegen ein allfälliges Beschwerderecht bei ablehnenden Einbürgerungsentscheiden zu ergreifen. Ein solches Recht wäre ein Fremdkörper im direktdemokratischen System der Schweiz.

In unserer direkten Demokratie wird der Bürger aktiv und unmittelbar in die Entscheidungsfindung miteinbezogen. Dies gilt auch für die Erteilung des Bürgerrechts. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates will nun offensichtlich diese Tradition in

Frage stellen und den Richtern das letzte Wort geben. Die SVP wendet sich entschieden gegen diese Beschneidung der Volksrechte: Sollten National- und Ständerat die Vorlage annehmen, wird die Volkspartei das Referendum ergreifen.

Das geforderte zusätzliche Beschwerdemöglichkeit würde die Rechte des Souveräns in unverantwortlicher Weise beschneiden und auch die Gemeindeautonomie massiv einschränken: Jede demokratische Abstimmung würde so zur Farce. Wofür sollen noch Gemeindeversammlungen abgehalten werden, wenn im Anschluss daran Richter die Beschlüsse auf ihre „Korrektheit“ prüfen und allenfalls umstossen können? Die Beschwerde- und Rekursmöglichkeiten, die bei allfälligen Verfahrensfehlern zur Verfügung stehen, reichen völlig aus. Weitere Möglichkeiten vergrössern lediglich den administrativen Aufwand und führen im Extremfall dazu, dass plötzlich demokratische

Entscheiden angefochten würden. Dies aber widerspräche dem schweizerischen Rechtssystem völlig.

Es bleibt festzuhalten: Allfällige ablehnende Einbürgerungsentscheidungen haben nichts damit zu tun, dass etwas am demokratischen System nicht funktionieren sollte. Vielmehr sind diese Entscheide ein Zeichen dafür, dass in der Asyl- und Ausländerpolitik generell etwas nicht stimmt. Bundesrat und Parlament sind aufgerufen, die Sorgen der Bevölkerung ernstzunehmen und die Mängel zu korrigieren, statt an den demokratischen Rechten der Bürger herumzubasteln. ◀

# Auf Kurt Küng folgt Heinz Müller

Seit dem 1. Januar hat die SVP des Kantons Solothurn einen neuen Präsidenten. Auf Kurt Küng folgt der 40jährige Heinz Müller aus Grenchen. Müller will den Erfolg der rasch gewachsenen SVP im Kanton Solothurn konsolidieren, strebt einen zweiten Nationalratssitz und längerfristig einen Sitz in der Solothurner Regierung an.



► Kurt Küng (links) wünscht dem neuen Präsidenten der SVP Kanton Solothurn, Kantonsrat Heinz Müller aus Grenchen, viel Erfolg.

Foto: HR. Aeschbacher/Oltner Tagblatt

Am 18. August 1994 wurde Kurt Küng aus Feldbrunnen zum Präsidenten der SVP Kanton Solothurn gewählt. Ende 2001 ist er nach über sieben Jahren von seinem Amt als SVP-Kantonalpräsident zurück getreten.

## SVP- Erfolgsgeschichte unter Kurt Küng

Als Kurt Küng die SVP des Kantons Solothurn übernahm, war sie gerade mal drei Jahre alt. Sie zählte rund 100 Parteimitglieder, war in nur drei Bezirken mit insgesamt vier Ortsparteien vertreten, stellte keinen einzigen Kantonsrat und hatte 1993 einen Wähleranteil bei den Kantonsratswahlen von 1.7 Prozent. Was danach unter Präsident Kurt

Küng mit der SVP des Kantons Solothurn geschah, das hat die solothurnische Politlandschaft in den letzten zwei Generationen nicht mehr gesehen. Heute, nur sieben Jahre später, zählt die SVP des Kantons Solothurn gegen 1'200 registrierte Mitglieder und Sympathisierende, ist in allen zehn Bezirken mit Bezirks- und in 35 Gemeinden mit Ortsparteien vertreten, stellt 21 Kantonsräte, hat einen Wähleranteil von 16.8 Prozent!

## Temperament, Humor und Furchtlosigkeit

Der 53jährige Kurt Küng verfügt über ein paar besondere, und in der Politik leider seltene Eigenschaften. Auf diese

Art und Weise prägte er das Tempo der SVP im Kanton Solothurn bildlich dargestellt so, dass überall dort wo die politische Konkurrenz auftauchte, die SVP schon längst durchmarschiert war.

## Konzentration auf politische Arbeit

Kurt Küng tritt mit zwei lachenden Augen als SVP-Kantonalpräsident ab. Er tut dies mit gutem Gewissen, denn der neue Präsident Heinz Müller wird für Kontinuität bei der SVP Kanton Solothurn sorgen - das bedeutet weiterhin Wachstum! Ich werde mich künftig zusätzlich zu meinem 50% Mandat als Sekretär bei der SVP Kanton Aargau voll und ganz auf die politische Arbeit im Solothurner Kantonsrat konzentrieren. Man wird auch in den nächsten Jahren die SVP Kanton Solothurn hören und spüren.

## Heinz Müller, Kämpfernatur mit Unternehmergeist

Der Nachfolger von Kurt Küng, der 40jährige Kantonsrat Heinz Müller aus Grenchen, entspricht quasi dem Bild des typischen solothurnischen SVP'lers: Verheiratet, zwei Söhne (zehn und elf Jahre alt), Inhaber der Elpex AG in Grenchen, eines mittelständischen Unternehmens mit 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der industriellen Automation, Offizier der Schweizer Armee, aufgewachsen in Luterbach (SO) und seit sechs Jahren wohnhaft in Grenchen. Heinz Müller ist ein idealer Parteipräsident für die SVP. Kein in politischen Sachzwängen verhaftetes "Polit-Schweregewicht", sondern ein Mann aus dem Volk und nicht aus dem

## Konsolidierung der SVP im Kanton Solothurn

Heinz Müllers Vorgänger Kurt Küng hatte die Aufgabe, die kantonale SVP aufzubauen. Dies ist ihm hervorragend gelungen. Müllers Aufgabe wird es nun sein, die Partei zu konsolidieren und weiter zu entwickeln. Es müssen zudem weitere Ortsparteien gegründet und Mitglieder generiert werden. Im Kanton Solothurn gibt es noch zu viele „weisse Flecken“ in denen die SVP noch nicht oder nur schwach vertreten ist. Im Kantonsrat werde die SVP des Kantons Solothurn die klaren Standpunkte der SVP Schweiz vertreten, erklärte der neue Kantonalpräsident Heinz Müller. „Wir tragen die Stimme des Volkes in den Kantonsrat!“ Müller strebt im weiteren einen zweiten der sieben solothurnischen Nationalratssitze und längerfristig einen Sitz in der Kantonsregierung an.

## Teamwork mit starkem Präsidium

Heinz Müller kann als neuer Parteipräsident auf ein schlagkräftiges Parteipräsidium zählen. Mit den beiden Stellvertretern, den Vizepräsidenten Dr. Roland Bühler aus Trimbach und Walter Wobmann aus Gretzenbach sowie dem Fraktionspräsidenten Dr. Hans-Rudolf Lutz aus Lostorf, Nationalrat Roland Borer aus Kestenholz, Kantonssekretär und Mediensprecher Roman Jäggi aus Fulenbach sowie Felicitas Schneider aus Dornach (besondere Aufgaben), verfügt der neue Parteipräsident zweifellos über ein ganz starkes Team. ◀

**Roman Jäggi, Sekretär und  
Medienverantwortlicher SVP  
Kanton Solothurn, Fulenbach**

# Wird der Oktober 2002 zum Erntemonat der SVP?

**Die SVP Kanton Zug wurde erst vor gut 10 Jahren gegründet. Trotzdem ist sie aus unserem Kanton nicht mehr wegzudenken.**

Die Mandatsgewinne in den kantonalen Wahlen vor 3 Jahren bezeugen, dass die Zugerinnen und Zuger auf die SVP zählen und auch grosse Hoffnungen in uns setzen. In unserem Kanton, wo einst die CVP fast das alleinige Sagen hatte, hat sich die Parteienzusammensetzung in den letzten 20 Jahren stark verändert. Dies beweisen auch die letzten Nationalratswahlen. Der Kanton Zug entsendet drei Nationalräte nach Bern. 1999 wurde mit dem heutigen Parteipräsidenten Marcel Scherer erstmals ein SVPLer gewählt (die weiteren Sitze besetzen die FDP und die CVP). Kürzlich wurde er in die bedeutende nationalrätliche NFA-Spezialkommission gewählt, die für unseren Kanton von besonderer Bedeutung ist.

## Regierungspartei

Wir sind auch stolz auf unseren Regierungsratssitz, den wir uns 1998 erkämpft hatten. Unser erster Regierungsrat, Jean Paul Flachsmann, verlor sein Leben beim Attentat vom 27. September 2001. Wir sind darüber sehr traurig. Vor allem bedauern wir auch, dass es ihm durch diese unglückselige Tat vergönnt wurde, die Früchte seiner guten Exekutivarbeit, die stets der SVP-Linie folgte, zu ernten. Auf Grund des Proporzwahlsystems konnte Hans Beat Uttinger nachrücken. Er hat sein Amt in der Baudirektion überzeugend angetreten. Wir sind deshalb sicher, dass ihm die Wiederwahl gelingen wird.

## Wachsende Kantonsratsfraktion

Unsere Kantonsratsfraktion zählt, nach einem Parteiübergang aus der FDP, 10 Mitglieder. Sie leistet hervorragende Knochenarbeit. Unsere SVP-Exponenten müssen sich wie überall gegen die meisten andern Parlamentsmitglieder hart durchsetzen. Ins Stadtparlament von Zug entsendet die SVP 5 Vertreter. Drei Gemeinderäte tragen die gradlinige bürgerliche SVP-Politik in den Exekutiven der Gemeinden mit. Mit drei hauptamtlichen und mehreren Ersatzrichtern hat unsere Partei bereits einen angemessenen Anteil in der Judikative.

## Aktive Frauen

Die SVP Zug macht keine Frauenförderung. Wir haben die Frauenförderung nämlich nicht nötig. Fünf der elf Sektionen stehen Präsidentinnen vor. Einer der drei hauptamtlichen Richtersitze wird durch eine Frau besetzt.

## SVP zuversichtlich

Im Oktober 2002 stehen Stände-, Regierungs-, Kantons- und Gemeinderatswahlen an. Wir sind sehr davon überzeugt, dass die Gradlinigkeit und die Zielstrebigkeit der Zuger SVP sich bei den nächsten Wahlen auszahlen wird. Die steten FDP-Forderungen nach Staatsgeldern wie beim Swissair-Debakel, der milliardenschweren Expo und der Mutterschaftsversicherung lassen viele Bürgerinnen und Bürger umdenken. Aber auch unsere aktive und gute SVP-Politik im Kanton und in den Gemeinden setzt ein Fundament, in das unsere Zugerinnen und Zuger immer mehr

vertrauen.

Die SVP des Kantons Zug befindet sich mitten in den Wahlvorbereitungen. Wir werden auf allen Ebenen mit einer angemessenen Anzahl guter Kandidatinnen und Kandidaten antreten und zielen darauf ab, unsere Sitzzahl gesamthaft in allen kantonalen Gremien zu verdoppeln.

An diesem Ziel werden wir uns messen lassen. ◀



▶ Nationalrat Marcel Scherer  
Präsident SVP Kanton Zug

**Zu verkaufen**  
im Kt. Luzern an schöne, ruhiger Lage  
**kleine Liegenschaft**  
mit Haus, Scheune, Halle, etc.  
Wohn- Gewerbe- und Landwirtschaftsland  
1,3 Hektare. Alles in sehr gutem Zustand.  
Telefon 079 422 83 26



BITTE BRINGE MIR  
DIE ORIGINAL RAUSCH  
KRÄUTER-HAARPFLEGE!



DANKE, DEIN HAAR.

# Junge SVP sagt klar Nein zum UNO-Beitritt

**Auch die Junge SVP Schweiz hat für die UNO-Abstimmung vom 3. März 2002 die NEIN-Parole gefasst. Hier die Gründe:**

Die Junge SVP ist der Ansicht, dass die Schweiz aus verschiedensten Gründen nicht der UNO beitreten sollte. Wir gehen hier noch einmal kurz auf die Hauptbeweggründe ein, welche die Junge SVP zur Ablehnung des UNO-Beitrittes motiviert haben:

## Schweizer Recht gebrochen

...weil ein UNO-Beitritt unser Land dazu verpflichtet, alle Anordnungen des UNO-Sicherheitsrates zu befolgen. Im Sicherheitsrat haben wir jedoch nichts zu sagen. Dort

bestimmen die Grossmächte. Sie schaffen übergeordnetes Recht. Und das bricht Schweizer Recht. So verlieren wir Jungen unsere Mitsprache und viele unserer politischen Rechte.

## Dicke Posten

...weil von einem UNO-Beitritt vor allem die Politiker, Diplomaten und Beamte profitieren. Sie bekommen dicke Posten und mehr Macht. Die können im UNO-Glaspalast in New York als einzige mit-schwätzen. Wir Jungen sowie alle anderen Stimmbürger

können nur noch die Entscheide der Diplomaten kopfnickend zur Kenntnis nehmen.

## Frieden gefährdet

...weil unser Land mit einem UNO-Beitritt dazu verpflichtet wird, alle Boykotte und Hungerblockaden gegen andere Länder mitzumachen. So werden wir in internationale Konflikte hineingezogen, ohne dass wir Nein sagen können. Das gefährdet unseren Frieden und unsere Sicherheit. Doch ohne Frieden und Sicherheit gibt es für uns Junge keine gute Ausbildung und keine aussichtsreiche Berufskarriere.

Die Schweiz hat grosses Inte-

resse, auch in Zukunft ein neutrales, unabhängiges Land fern aller Grossmachtsgelüste zu bleiben, und der internationalen Wichtigtuerei Bescheidenheit und Pragmatismus entgegenzusetzen. Dazu muss sich die Schweiz allerdings strikte aus internationalen Machtpokern und Interessenskonflikten heraushalten. Stehen wir zu unserer Originalität, anstatt den anderen immer alles mit Verspätung nachzuäffen. Die Junge SVP ist stolz darauf, dass unser Land eine so lange pazifistische, humanitäre Tradition aufzuweisen hat, und dies ohne Bewaffnung der Helfer und ohne sich gross-spurig als "(Mit-)Retter der Welt" aufzuspielen. ◀

Online - Bestellung [www.svp.ch](http://www.svp.ch)

Bestellung



## UNO Kampagnen-Material

.....	Expl.	<input type="checkbox"/>	PDF	Fact-Sheet „10 Punkte gegen den UNO-Beitritt“	1 Seite
.....	Expl.	<input type="checkbox"/>	PDF	Kurzargumentarium „NEIN zum UNO-Beitritt“	4 Seiten
.....	Expl.	<input type="checkbox"/>	PDF	Kurzargumentarium „SVP Frauen gegen den UNO-Beitritt“	2 Seiten
.....	Expl.	<input type="checkbox"/>	PDF	Ausführungen zur Volksinitiative „Für einen Beitritt der Schweiz zur UNO“	25 Seiten
.....	Expl.	<input type="checkbox"/>	PDF	Argumente und Gegenargumente zum UNO-Beitritt	10 Seiten
.....	Sort.	<input type="checkbox"/>	PDF	Musterreferate gegen den UNO-Beitritt	
.....	Sort.	<input type="checkbox"/>	PDF	Musterleserbriefe gegen den UNO-Beitritt	

Dokumente als PDF-File per Mail: Bitte entsprechendes Kreuz machen!

## SVP-Shop Artikel

.....	Expl.	SVP Kleber	Bogen à 35 Kleber	Fr. 6.--
.....	Expl.	SVP Jass	deutsche Karten franz. Karten	Fr. 3.--
.....	Expl.	SVP Ballone	Sack à 50 Stück	Fr. 40.--
.....	Expl.	SVP Kugelschreiber		Fr. 2,50
.....	Expl.	SVP Feuerzeug	nachfüllbar	Fr. 5.--

Name ..... Vorname .....

Adresse ..... PLZ/Ort .....

Telefon ..... Mail .....

Ort ..... Datum ..... Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an: Generalsekretariat SVP, Postfach, 3000 Bern 26, per Fax an 031 301 75 85 oder Mail [gs@svp.ch](mailto:gs@svp.ch)